

Gleichberechtigt, nachhaltig, lebendig

Konzept und Modellprojekt für zukunftsfähige Partnerschaften Berlins mit Städten und Gemeinden im Globalen Süden (August 2023)

Die Berliner Landesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag festgehalten:

„Ebenso sollen die bestehenden Partnerschaften mit Jakarta und mit Windhoek intensiviert werden“ (Seite 107).

Hierzu legt ein vom Berliner Entwicklungspolitischen Ratschlag (BER) koordiniertes zivilgesellschaftliches Konsortium ein Konzept mit Schritten zur Intensivierung der Berliner Städtepartnerschaften mit dem Globalen Süden, insbesondere mit Jakarta, Windhoek und Mexico City vor – als zivilgesellschaftliche Empfehlung an die Berliner Landespolitik zur Erreichung des 17. UN-Nachhaltigkeitsziels „Partnerschaften“.

Modellprojekt: Berlins Süd-Städtepartnerschaften mit Windhoek (Namibia), Jakarta (Indonesien) und Mexiko-Stadt 2024 bis 2027 (Budget: 400.000 Euro jährlich)

- Drei Nord-Süd-Tandems bei zivilgesellschaftlichen Trägern zur Umsetzung der Partnerschaft in der Kommune
- Gesamtsteuerung bei einem zivilgesellschaftlichen Träger in Berlin (u.a. Öffentlichkeitsarbeit)
- Beauftragte für die jeweilige Städtepartnerschaft in der kommunalen Struktur (extern finanziert/nicht Teil der Projektkosten)
- Netzwerk in den Städten aus Verwaltung, Wirtschaft, Diaspora und (Zivil-)Gesellschaft
- Finanzierung von Süd-Süd Netzwerktreffen, Nord-Süd-Netzwerktreffen
- Akquise von Drittmittel für gemeinsame Projektvorhaben im Bereich Capacity Building, demokratische Teilhabe, entwicklungspolitische Inlandsarbeit/ Global Citizenship Education
- Projektfonds zur Finanzierung von Eigenanteil bei Drittmittel
- Supervision und diskriminierungskritische Trainings zur Entwicklung der Partnerschaft

Teil 1: Konzept für zukunftsfähige Partnerschaften Berlins mit Städten und Gemeinden im Globalen Süden – Gleichberechtigt, nachhaltig, lebendig

Die Bedeutung von kommunalen internationalen Partnerschaften ist in Zeiten von Krisen gewachsen. Wenn Städtepartnerschaften nicht nur im Rahmen von Diplomatie, sondern auch durch persönliche Begegnung und Projekte gestaltet werden, leisten sie einen konkreten Beitrag zur Bewältigung (geteilter) globaler Herausforderungen wie Klimawandel, Frieden, Demokratieabbau, Aufarbeitung der Kolonialgeschichte und globale Ungleichheit.

Die Städtepartnerschaften des Landes Berlin mit Städten des Globalen Südens leisten einen Beitrag zur Umsetzung der SDGs, denen sich das Land Berlin verpflichtet hat und dazu, „Berlin als Stadt der Freiheit und Solidarität in der europäischen und internationalen Zusammenarbeit weiter stark [zu] machen“ (Koalitionsvertrag Berlin CDU-SPD, März 2023, S.7). Insbesondere, da die neue Landesregierung sich verpflichtet hat, die Städtepartnerschaften mit Jakarta und Windhoek zu intensivieren (S. 107). Das Land Berlin trägt zudem eine besondere historische Verantwortung für Windhoek in Namibia und arbeitet auf verschiedenen Ebenen eng mit Jakarta und Mexiko-Stadt zusammen.

Kooperationen von Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Verwaltung sind in internationalen Partnerschaften besonders wirkungsvoll, da sie komplementär arbeiten und unterschiedliche Expertisen einbringen: Verwaltungen tragen die Verantwortung zur Gestaltung städtischer Prozesse für die Bürger*innen, gemeinwohlorientierte Wirtschaft erarbeitet lokale Produkte zur Lösung globaler Herausforderungen, zivilgesellschaftliche Akteur*innen kennen die Bedarfe der städtischen Bevölkerung und schaffen Beteiligungsmöglichkeiten. Die daraus entstehenden Projekte setzen bei den Bedürfnissen der Menschen an. Dies erhöht die Legitimität, Akzeptanz und Nachhaltigkeit von Projekten und Entscheidungen.

Das Potenzial der Berliner Städtepartnerschaften mit dem Globalen Süden wird bisher nicht ausgeschöpft: Es fehlt an einem gemeinsamen Rahmen, an zivilgesellschaftlicher Beteiligung, am Mitwirken der Kommunen an internationalen Prozessen, an Transparenz und finanzieller Ausstattung. Bislang werden in den Partner-Aktivitäten zentrale Herausforderungen wie der Schutz von Menschenrechten, entwicklungspolitische Themen wie die UN-Nachhaltigkeitsziele und Schritte auf dem Weg zur Aufarbeitung der Kolonialgeschichte kaum berücksichtigt. Meist sind die Partnerschaften ungleich aufgebaut, es wird wenig voneinander gelernt, um Lösungen für globale und lokale Herausforderungen zu finden. Und dies trotz der weltweit wachsenden Gefahren für Demokratien (im Globalen Norden sowie im Globalen Süden), wie *shrinking spaces* für Zivilgesellschaften, mangelnde Partizipationsmöglichkeiten für Bürger*innen, (rechts-) populistische Bewegungen und kriegerische Konflikte. In Partnerschaften wird häufig einseitig



auf Mängel und Entwicklungspotenziale im Globalen Süden hingewiesen, während Herausforderungen am Globalen Norden, etwa bei der Verantwortung für globale Krisen, weniger im Fokus stehen. Repressive Kontexte erschweren die internationale Zusammenarbeit zusätzlich, verleihen diesen Beziehungen jedoch umso mehr Bedeutung. Durch die Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteur*innen auf beiden Seiten kann Bildung für Frieden, Demokratie und Menschenrechte gestärkt werden.

Das Konzept beschreibt die aus zivilgesellschaftlicher Perspektive notwendigen Schritte zur Intensivierung der Berliner Städtepartnerschaften mit dem Globalen Süden, insbesondere mit Jakarta, Windhoek und Mexico City. Es spiegelt die Empfehlung Berliner entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen an die Berliner Landespolitik wider, seine Städte- und Bezirkspartnerschaften mit dem Globalen Süden zur Erreichung des 17. UN-Nachhaltigkeitsziels „Partnerschaften“ auszubauen (BER Homepage).

Säulen der Städtepartnerschaftsarbeit

Das Konzept für zukunftsfähige Partnerschaften in der Städtepartnerschaftsarbeit baut auf drei Säulen auf: Gleichberechtigung, Nachhaltigkeit und Lebendigkeit. Die Säulen enthalten wiederum Elemente als Handlungsempfehlungen innerhalb der Berliner Städtepartnerschaften.

Säule A: Gleichberechtigung

Gleichberechtigung und eine Kooperation „auf Augenhöhe“: viele Akteur*innen würden heute wohl sagen, dass das selbstverständlich ist – ist es auch. Denn in fast allen Partnerschaftsverträgen und Kooperationsvereinbarungen ist dies verankert. Doch in der Praxis spiegelt sich das nicht in gleicher Weise wider. Welche konkreten Maßnahmen braucht es also, um dieses Grundprinzip einer gleichberechtigten Partnerschaft umzusetzen?

Um die bestehenden Partnerschaften gleichberechtigt zu gestalten, formulieren die Akteur*innen aus Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft gemeinsame Ziele entlang folgender Fragen: Was sind verbindende Elemente zwischen beiden Kommunen/Städten? Was soll und kann diese Partnerschaft erreichen oder verändern? Welche Strukturen sollen in den Kommunen/Städten gestärkt werden? Welche Themen bewegen die Bürger*innen beider Orte? Grundlegend hierbei ist das Verständnis, dass und inwiefern beide Seiten von der Partnerschaft profitieren können und wollen.

Ein wichtiger Schritt hin zu einer gleichberechtigten Partnerschaftsarbeit besteht in der Ausgestaltung von Projekten, die sowohl In- als auch Auslandsmaßnahmen beinhalten, welche nicht getrennt voneinander betrachtet werden sollten. Bisher werden vor allem Projekte konzipiert, die entweder in der einen oder in der anderen Partnerkommune umgesetzt werden. Dieses Vorgehen widerspricht allerdings der Logik, dass Projekte gemeinsam gedacht und entwickelt sowie gemeinsame globale Herausforderungen bearbeitet werden sollen. Sicherlich



besteht in den meisten Fällen ein Unterschied darin, wie diesen Herausforderungen in den jeweiligen lokalen Kontexten begegnet werden kann und muss. Dennoch können durch den Austausch darüber und die gemeinsame Konzeption von Projekten neue und innovative Herangehensweisen entstehen und dadurch ein gegenseitiger Lerneffekt einsetzen.

Dieses Vorgehen wirkt außerdem dem Denken in klassischen Geber-Nehmer-Strukturen entgegen, welche insbesondere im Nord-Süd-Kontext zu einem Ungleichgewicht zwischen den Partner*innen führen. Dabei nimmt meistens der Partner im Globalen Norden, aufgrund historisch gewachsener Rollenverteilungen und größerer finanzieller Möglichkeiten, die Rolle des Gebers ein. In einer gleichberechtigten Partnerschaft muss dies regelmäßig reflektiert werden.

Hilfreich ist weiterhin ein Bewusstsein darüber, dass nicht nur finanzielle Mittel im Fokus der Kooperation stehen sollten, sondern auch Wissen, Erfahrungen und Expertise wertvolle Ressourcen einer Partnerschaft darstellen. Es sollte davon ausgegangen werden, dass gleichberechtigte Partner*innen immer voneinander lernen und dies nicht nur in eine Richtung verläuft. Gleichzeitig ist es wichtig anzuerkennen, dass wirtschaftliche Interessen und finanzielle Ressourcen auch in Städtepartnerschaften von Bedeutung sind. So ist hier oft die Rede von Standortmarketing, Außenwirtschaftsförderung und Intensivierung von internationalen Handelsbeziehungen. Wichtig ist, sich dieser Interessen bewusst zu sein und sie transparent zu machen.

Durch entwicklungspolitische Bildungsarbeit sensibilisieren sich alle beteiligten Akteur*innen in Nord und Süd für die Grundprinzipien der Zusammenarbeit. Vorurteile und Stereotype müssen abgebaut werden. Denn koloniale Einstellungen, Bilder und Denkmuster stecken nach über 500 Jahren seit Beginn europäischer Kolonialisierung tief in unserem (Unter-)Bewusstsein. Auch manche Partner*innen im Globalen Süden haben ähnliche Haltungen verinnerlicht und sollten in den Prozess eingebunden werden.

Wenn dieses Grundprinzip festgehalten, verinnerlicht und umgesetzt wird, findet anstatt einer linearen hierarchisierten Struktur ein zirkulärer Ansatz der Partnerschaftsarbeit Anwendung: hiernach bestimmen und entwickeln beide Partner gemeinsam die Rahmenbedingungen, Zielsetzungen und Aktivitäten, die ihre Zusammenarbeit ausmachen, lernen voneinander und profitieren von der Partnerschaft.

1. Element: Gemeinsame Zielformulierung in einer Kick-Off-Phase, Kick-Off-Workshops jeweils in der Partnerkommune, Verfassen eines Memorandum of Understanding

2. Element: Entwicklungspolitische Bildungsarbeit zu machtkritischem Handeln in internationalen Partnerschaften

3. Element: Begleitende Supervision und regelmäßige Feedbackrunden zur Entwicklung der Partnerschaft

4. Element: Beschwerdeverfahren

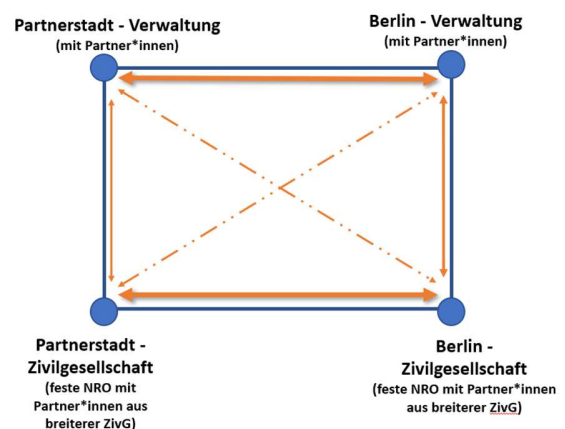
5. Element: Gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit

Säule B: Nachhaltigkeit

Für die Gestaltung gleichberechtigter, langfristiger und nachhaltiger Partnerschaften braucht es ein vom Land Berlin finanziertes Tandem aus Zivilgesellschaft und Verwaltung (Beauftragte für die jeweilige Städtepartnerschaft) auf beiden Seiten. Die städtischen/kommunalen Kooperationspartner*innen begründen die formale Partnerschaft und nehmen eine zentrale Rolle bei der Verstetigung ein. Ohne ihre (infra-)strukturellen und finanziellen Ressourcen ist eine Städtepartnerschaft nur schwer umsetzbar. Neben den Vertreter*innen aus zwei Kommunen/Städten ist die Partizipation von Zivilgesellschaft und Bürger:innen wesentliche Voraussetzung für den Erfolg von Partnerschaften und das Bestehen dieser über einen längeren Zeitraum hinweg.

In beiden Partnerkommunen sind Vertreter*innen in der Verwaltung als staatliche Akteur*innen beteiligt sowie registrierte Nichtregierungsorganisationen (NROs) bzw. Städtepartnerschaftsvereine, welche die Partnerschaft in der Bevölkerung sichtbar machen und verankern. Außerdem bringen sie die Erfahrung in der Praxis und bei entwicklungspolitischen Themen ein. Ziel ist es, ein Netzwerk aufzubauen, das weitere zivilgesellschaftliche Akteur*innen in die Gestaltung der Partnerschaft mit einbindet, wie z.B. Akteur*innen der kommunalen Selbstverwaltung, Unternehmen, Schulen, Gewerkschaften, Universitäten, migrantische Gruppen und verschiedenen Communities ohne NRO-Strukturen.

Wünschenswert ist, dass staatliche und zivilgesellschaftliche Akteur*innen in den jeweiligen Partnerkommunen genauso gut zusammenarbeiten. Dies ist je nach politischem Kontext nicht immer möglich, sollte aber in jedem Fall angestrebt werden. Im optimalen Fall arbeiten alle vier Akteur*innen gemeinsam. Auf diese Weise entsteht eine stabile partnerschaftliche Beziehung. Damit die Zivilgesellschaft kontinuierliche und erfolgreiche Städtepartnerschaftsarbeit betreiben kann, ist eine sichere und flexibel einsetzbare finanzielle Unterstützung nötig. Neben Projektmitteln müssen Vereine jährlich projektunabhängige Förderung für die Finanzierung ihrer Overheads und von Personal erhalten. Projektmittel müssen auch für nicht institutionalisierte Akteur*innen wie Graswurzelgruppen zugänglich sein. Es braucht vor allem für diese Gruppen Infrastruktur und Räume, bei deren Suche und Finanzierung die Verwaltung sie unterstützen sollte.



1. **Element: Identifikation von Partnerinstitutionen aus den Bereichen Verwaltung, Wirtschaft, Gesellschaft, Diaspora (im Globalen Norden) und Zivilgesellschaft**
2. **Element: Aufbau eines gemeinsamen Netzwerkes in den jeweiligen Städten**
3. **Element: Aufbau einer finanzierten Steuerungsstruktur als Nord-Süd-Tandem bei einem zivilgesellschaftlichen Träger zur Umsetzung der Partnerschaft in der jeweiligen Kommune**
4. **Element: Einrichtung eines*r Beauftragten für die jeweilige Städtepartnerschaft in der kommunalen Struktur (extern finanziert/nicht Teil der Projektkosten)**
5. **Element: Projektfonds, u.a. zur Finanzierung von Eigenanteil bei Drittmittel**
6. **Element: Finanzierung von Süd Süd Netzwerktreffen, Nord-Süd-Netzwerktreffen**

Säule C: Lebendigkeit

Als drittes zentrales Grundprinzip von Städtepartnerschaften zählen die Projekte und Aktivitäten. Dazu gehören sowohl punktuelle Aktivitäten als auch langfristige Projekte, die Teil eines Transformationsprozesses sind. Zu Ersteren zählen einzelne Veranstaltungen, aber auch regelmäßige Treffen (Sommer- oder Weihnachtsfeiern, Jubiläen, Mitgliederversammlungen) und Delegations- oder andere Begegnungsreisen zwischen den Partnerkommunen. Sie verfolgen das Ziel, Beziehungen und Vertrauen zwischen den einzelnen Menschen und Akteur*innen aufzubauen. Längerfristige Projekte konzentrieren sich parallel dazu darauf, gesellschaftsrelevante (entwicklungspolitische) Themen aufzugreifen, um den inhaltlichen Zielen der Partnerschaft näherzukommen und soziale, ökologische Transformationen anzustoßen. An dieser Stelle spiegeln sich die gemeinsamen (globalen) Herausforderungen, Interessen und Ziele wider, die bei der Gründung der Partnerschaft ermittelt wurden. Diese können beispielsweise durch Öffentlichkeits-, Bildungs- oder Informationsarbeit geschehen oder Austauschprogramme beinhalten. Insbesondere Letzteres ist zentral, um weitere Personengruppen der lokalen Bevölkerung in die Städtepartnerschaft mit einzubeziehen und ggf. auch Ehrenamtliche oder Mitglieder für die Partnerschaftsarbeit zu gewinnen. Wichtig ist an dieser Stelle zu betonen, dass Delegationsreisen oder Austauschprojekte in beide Richtungen gleichermaßen durchgeführt werden, sowohl in der Anzahl der Reisen als auch darin, welchen Stellenwert den Gästen und Besucher*innen jeweils beigemessen wird.

1. Element: Projekte der entwicklungspolitischen Inlandsarbeit/ Global Citizenship Education in verschiedenen Themenfeldern

2. Element: Begegnungsprojekte in verschiedenen Themenfeldern: Kultur

3. Element: Projekte zum Capacity Building und zur demokratischen Teilhabe

TEIL 2

Modellprojekt: Berlins „Süd-Städtepartnerschaften“ mit Windhoek (Namibia), Jakarta (Indonesien) und Mexiko-Stadt intensivieren

Grundlage für das Modellprojekt: Berlins „Süd-Städtepartnerschaften“ mit Windhoek (Namibia), Jakarta (Indonesien) und Mexiko-Stadt ist das „Konzept für zukunftsfähige Partnerschaften Berlins mit Städten und Gemeinden im Globalen Süden“ des BER (Stand August 2023) und dessen Grundprinzipien Gleichberechtigung, Nachhaltigkeit und Lebendigkeit.

In einer einjährigen Aufbauphase schaffen die zivilgesellschaftlichen Akteur*innen in Berlin und in den drei Partnerstädten Windhoek (Namibia), Jakarta (Indonesien) und Mexiko-Stadt (Mexiko) eine verbindliche Arbeitsstruktur und beteiligen weitere zivilgesellschaftliche Akteure. Sie orientieren sich dabei an den Grundprinzipien des in Teil 1 beschriebenen Partnerschaftskonzeptes, Lösungen im Sinne des kooperativen und gegenseitigen Lernens zur Bearbeitung gemeinsamer globaler Problemlagen zu erarbeiten. Austausch (unter allen 4 beteiligten Städten) und Bildung stehen dabei im Vordergrund, nicht das Schaffen von Infrastruktur bzw. von investiven Maßnahmen. Daher werden steuernde zivilgesellschaftliche Strukturen zu gleichen Teilen in den Partnerstädten und Berlin eingerichtet.

Maßnahmen in der Aufbauphase:

- **Kick-Off Treffen mit zweitägiger Klausurtagung:** Vernetzung und Kennenlernen aller beteiligten Akteur*innen in Berlin. Bei der Klausur erarbeiten alle Akteur*innen aus Nord und Süd gemeinsames Vorgehen, unter Berücksichtigung der jeweiligen spezifischen partnerschaftlichen Kontexte. Hierfür beantworten die Parteien zunächst jeweils für sich die Fragen: Welche Herausforderungen und (entwicklungspolitischen) Fragestellungen sollen in der Partnerschaft vorrangig bearbeitet werden und wie? Welche weiteren Akteur*innen sollen eingebunden werden?. Anschließend bestimmen die Parteien gemeinsam die geteilten Interessen.
- **Breitere Vernetzung:** Ansprache weiterer potenzieller zivilgesellschaftlicher Akteur*innen (Schulen, Universitäten, lokale Communities/diasporische Gruppen/MDOs, Jugendclubs, Gewerkschaften, Nachbarschaftshäuser, lokale Initiativen, etc.), die Teil eines größeren städtepartnerschaftlichen Netzwerkes sein könnten. Dafür



- werden u.a. **begleitende öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen** durchgeführt, um Städtepartnerschaften in allen 4 Städten bekannter und sichtbarer zu machen.
- **Begleitende Trainings zur Sensibilisierung:** Stärkung von Diversitätskompetenzen, Antirassismus- und Empowermenttrainings.
 - **Erarbeitung von Konzepten und Antragstellung** für Projekte in der Umsetzungsphase ab 2025.
 - **Auswertung und Evaluation:** Zum Ende der einjährigen Aufbauphase wird diese gemeinsam ausgewertet und evaluiert: Waren alle Partner*innen gleichberechtigt beteiligt? Wo gab es Schieflagen und wie kann diesen entgegengewirkt werden? Soll der im Kick-Off identifizierte Fokus erhalten bleiben oder müssen die Herausforderungen und Themen angepasst werden?

Der Aufbauphase folgt eine mindestens 3-jährige Umsetzungsphase (mit dem Anspruch, diese nach erfolgreicher Arbeit zu verlängern). In dieser Phase werden gemeinsame Projekte durchgeführt, die sich an den SDGs orientieren und den Anspruch haben, eine sozial-ökologische Transformation anzustoßen. Wichtig hierbei ist, dass die Projekte (wenn jeweils sinnvoll und umsetzbar) Maßnahmen in beiden Partnerstädten beinhalten. Hierdurch soll nach dem Grundprinzip der Gleichberechtigung sichergestellt werden, dass dem Projekt der Gedanke zugrunde liegt, dass beide Partner in der jeweilig definierten globalen Herausforderung "Entwicklungspotenziale" aufweisen und Veränderungen auf beiden Seiten notwendig sind. Parallel zu der langfristig angelegten Projektarbeit, bedarf es weiterer punktueller und begleitender Maßnahmen, welche aus verstetigten Sachmitteln für die Städtepartnerschaften umgesetzt werden sollten.

Maßnahmen in der Umsetzungsphase:

- Langfristige Projektarbeit (mind. 3 Jahre und mit Drittmitteln finanziert)
- **Verstetigung der Koordinierungsstellen** in allen 4 Partnerstädten
- **Delegations/Begegnungsreisen:** Dem Prinzip der Lebendigkeit folgend sollte mind. eine Delegations-/Begegnungsreise pro Jahr stattfinden, welche abwechselnd in Berlin und in den Partnerstädten durchgeführt werden
- **Zusammenkünfte (informell) & öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen:** 1-2 Mal im Jahr werden Veranstaltungen durchgeführt, die die Arbeit der Städtepartnerschaft(en) im Rahmen von (entwicklungs-)politischen und gesellschaftsrelevanten Fragestellungen für eine breite Öffentlichkeit zugänglich machen (z.B. Ausstellungen, Podiumsdiskussionen, Film- oder Literaturabende, etc.)
- **Zwischenauswertung & Evaluierungstreffen:** 1x im Jahr sollten digitale Zwischenauswertungen stattfinden, um sicherzustellen, dass die gemeinsamen Ziele verfolgt und die partnerschaftlichen Prinzipien eingehalten werden oder ggf. gegengesteuert werden kann. Diese Treffen sollten von einer externen Prozessbegleitung betreut werden.

Das Land Berlin wird aufgefordert, das Projekt der zukunftsfähigen Städtepartnerschaften ab 2024 mit jährlich 400.000 EUR zu fördern – es werden weitere Drittmittel akquiriert. Die Mittel werden auf die drei Partner-Projekte Berlins mit Jakarta, Mexiko und Windhoek aufgeteilt. Es entstehen 3 NGO-Tandems – sie bestehen aus einer NGO aus der jeweiligen Partnerstadt und aus einer NGO aus Berlin. Eine Koordinierungsstelle in Berlin verantwortet die Entwicklung und Darstellung des Gesamtprojekts auf Berliner Ebene. Die Auswahl der Berliner Vereine und ihrer Südpartner wird in einem partizipativen Prozess getroffen.

Das vom Berliner Entwicklungspolitischen Ratschlag (BER) koordinierte zivilgesellschaftliche Konsortium besteht aus den Vereinen: Afrikarat Berlin Brandenburg, Decolonize Berlin, Mexiko via Berlin, Solidaritätsdienst International (SODI), Watch Indonesia!

Das Konsortium, die Erstellung des Konzepts und Modellprojekts werden unterstützt durch die Eine Welt-Promotorinnen Rosa López (Verein zur Förderung der Städtepartnerschaft Kreuzberg - San Rafael del Sur e.V.) und Leona Pröpper (Watch Indonesia!).